Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1909. Nr. 264. Jahrgang 202.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Kurier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Mittwoch, 9. Juni 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Die Regierung und die Kommissionsbeschlüsse.

Die „Deutsche Volkskorr." setzt sich mit der Regierung wegen ihrer Stellungnahme zu den Beschlüssen der Reichsfinanzreform auseinander. Die Regierung habe, so schreibt sie sich dahin ausgesprochen, der Abschluß der Kommissionsarbeiten zur Reichsfinanzreform sei zwar erfreulich, aber die gefundene Lösung sei nicht befriedigend, und fährt dann fort:

Gegen die Beschlüsse der Steuerkommission entwickelt das Regierungsblatt formelle und sachliche Bedenken. Zunächst soll bedenklich sein, daß die Kommission in den Finanzgesetzentwurf neue materielle Steuervorschriften hineingearbeitet hat, die mit den Vorschlägen der Regierung nicht zusammenhängen. Daß dieses Verfahren überhaupt vorgebracht wird, ist eben klug. Wiederholt ist in den letzten Wochen darauf hingewiesen worden, daß das vielgeteilte Vorgehen der Kommission nichts Unzulässiges und nichts Auffälliges darstellt. Es kommt aber hinzu, daß diese „Bedenken" doch letzten Endes nur an die Fehler und Unterlassungssünden der Regierung erinnert. Eisig schalten ungeduldige Leute, die den Druck von 500 Millionen neuer Steuern gar nicht erwarten konnten, auf die Finanzkommission und lobten den Fleiß der Regierung. Inzwischen hat sich das Blättchen gründlich gewandelt. Die angekündigten und notwendigen Ersatzsteuervorschläge blieben aus und die gesamte Kommissionsarbeit wäre auf Grund eines Strang gekommen, hätte die Ausschußmehrheit unter Zustimmung der Konservativen nicht beherzt zugegriffen und das Werk gefördert, wo die Regierung in bedauerlicher Weise versagte. Daß das Regierungsblatt diese Erinnerung weckt, ist zum Teil auch auffällig.

Aber auch die sachlichen Bedenken der Reichsregierung gegen die Beschlüsse der Finanzkommission sind nicht eben tragisch zu nehmen. In erster Linie wendet sich das Organ des Reichskanzlers gegen die sog. Kotierungssteuer, von der es „für Handel und Industrie wie überhaupt für die gesamte deutsche Volkswirtschaft verhängnisvolle Folgen" befürchtet. Daß diese Befürchtung nach den in Frankreich gemachten Erfahrungen gegenstandslos ist, muß doch zum mindesten starke Uebertreibung enthalt, kann nicht wahrhaft sein. Die Kotierungssteuer verstößt aber auch nicht, wie die „Nordd. Allg. Ztg." behauptet, gegen die anerkannte Notwendigkeit, den gesamten Besitz heranzuziehen, denn sie erscheint in den Beschlüssen der Finanzkommission nicht als alleinige Besitzsteuer, sondern neben der Wertzuwachssteuer auf Immobilien und trifft mit dieser zusammen dafür, daß der mobile Besitz in gleicher Weise getroffen wird wie der immobile, was von der Wertzuwachs- und ebenso von der Erbanfallsteuer nicht gesagt werden kann. Eine eigenartige Ueberraschung aber bietet das Regierungsblatt mit dem Vorwurf, die Kotierungssteuer enthalte einen solchen Eingriff in die Rechte und Interessen der Einzelnen, da sie als Einkommen- oder Vermögenssteuer diesen zustehende Einnahmequellen angreife. Als ob nicht jede Besitzsteuer tatsächlich Einkommen oder Vermögen belasten müßte und das nicht auch bei der Nachlaß- oder Erbanfallsteuer in besonders augenfälliger Art der Fall wäre! Was endlich die von der Kommission beschlossene Mühlenumsatzsteuer und den Kohlenausfuhrzoll betrifft, so ist die erstere nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Belastungsfähigkeit aufgebaut und die zweite atmet den Geist einer Gesinnung, von berechtigtem nationalen Egoismus diktierte Heimatpolitik, wie sie Fürst Bülow wiederholt und feierlich als sein Programmm bezeichnet hat. Warum jetzt schelten über die Durchführung dieser verständigen Politik?

Nach der Ankündigung der „Nordd. Allg. Ztg." will der Reichskanzler an dem Plane festhalten, eine progressiv gestaltete Erbschaftssteuer einzuführen, und er will auf sonstige Besitzabgaben zur Entlastung zurückgreifen, als die Umgestaltung in eine Erbanfallsteuer die ursprünglich vorgesehenen Erträge vermindert. Danach scheint bei den verbündeten Regierungen selbst jetzt noch nicht volle Klarheit zu bestehen, welche Ersatzsteuern sie nun eigentlich vorschlagen wollen, und es kann nicht oft genug hervorgehoben werden, durch die Reichsfinanzreform jetzt verzögert wird. Auch die Einbringung der Erbanfallsteuer, für die doch einmal im Reichstage eine Mehrheit nicht vorhanden ist, geschieht unter die betrübende Rubrik Verschleppung der Reform durch den Eigensinn der Regierung. Aber schon im Interesse der Reichsbeamten, die sehnlichst auf die Gehaltserhöhung lauern, ist tunlichste Beschleunigung des großen Reformwerkes unbedingt notwendig.

Die Unruhen auf Samoa unterdrückt.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung" schreibt: Vizeadmiral Coerper, der aus Anlaß der Unruhen mit einem Kreuzergeschwader nach Samoa entsandt wurde, sandte einen Bericht, wonach die administrativen Maßnahmen des Gouverneurs und das Erscheinen des Geschwaders tiefgehend gewirkt und die meisten Häuptlinge den Wunsch nach friedlicher Beilegung des Streites haben, sodaß ein Buschkrieg vollständig vermieden worden ist. Der Admiral hat im Namen des Kaisers eine Bekanntmachung an die aufständischen Häuptlinge erlassen, in der den Aufständischen von Samoa Vergebung zugesagt wird, falls sie sich ergeben und sich ihr Anführer Lauaki mit seinen Anhängern zur Bestrafung stellt. In der Tat stellte sich Lauaki nach seiner ihm gestellten Frist am 1. April mit sechs Häuptlingen. Zwei weitere Häuptlinge wurden in Gewahrsam gebracht. Damit sind die Unruhen auf Samoa vollkommen unterdrückt. Der Admiral betont ferner, daß die Unruhen im entferntesten nicht gegen den Gouverneur gerichtet waren. Es gibt keinen besseren Beweis für das Ansehen Dr. Solfs, als daß er Lauaki und 800 Anhängern der Apia allein entgegentrat, ihn abkanzelte, ihm seine Kriegserklärung zerrissen vor die Füße warf und ihn dadurch zur Umkehr bewegte. Er wandte damit ein unnennbares Unheil von Apia und die Kolonie ab. Ueber die Entstehung und den Verlauf der Unruhen wird der demnächst erwartete Bericht des Gouverneurs Aufschluß geben.

Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft in Dresden.

Unter Teilnahme des Königs Friedrich August von Sachsen, des Staatssekretärs der Kolonien, Dernburg, und des Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg, trat am Dienstag die Deutsche Kolonialgesellschaft zu ihrer Hauptversammlung zusammen. Die Verhandlungen wurden mit einer Begrüßung der Teilnehmer auf Belvedere (Brühsche Terrasse) eröffnet. Auf der Tagesordnung stand zunächst der Geschäftsbericht des Präsidiums, dem zu entnehmen ist, daß der Voranschlag für 1909 und 1910 mit 309 500 bezw. 312 400 Mk. balanziert. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 38 434 und ist gegen das Vorjahr um 1040 gestiegen. — Unter dem Vorsitz des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg trat im Festsaale des Evangelischen Vereinshauses in den Zinzendorfstraße die eigentliche Hauptversammlung zusammen. Insgesamt waren etwa 250 Delegierte aus allen Teilen des Reiches und auch des Auslandes anwesend. Der Präsident eröffnete die Verhandlungen mit einem Nachrufe auf die seit der letzten Tagung verstorbenen Mitglieder der Deutschen Kolonial-Gesellschaft. Hierauf beschäftigte sich die Generalversammlung mit dem Geschäftsbericht und der Beratung der vorliegenden Anträge, die mehrere Stunden in Anspruch nahmen. Von den Anträgen interessieren: ein Antrag des Ausschusses auf Bewilligung einer Beihilfe von 1200 Mk. an den Vorstand des Deutschen Schulvereins der Kolonie Nueva Germania zu den Kosten der Erbauung eines eigenen Schulhauses; ein Antrag der Abteilung Leipzig betr. Bewilligung einer Unterstützung von 3000 Mk. an den Leipziger Missionsärztlichen Verein; ein Antrag des Vorstandsmitgliedes Konteradmiral z. D. Strauch auf Bewilligung von 10 000 Mk. zur Erhöhung des ostafrikanischen Besiedelungsfonds; ein Antrag der Abteilung Berlin auf Bewilligung eines Beitrages von 40 000 Mk. an den Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft zur Errichtung eines Mädchenheims in Keetmanshoop; ein Antrag der Abteilung Stuttgart auf Bewilligung von 30 000 Mk. an das Deutsche Institut für ärztliche Mission in Tübingen zur Ausbildung von Missionsärzten und Krankenschwestern für die deutschen Schutzgebiete; ein Antrag der Abteilung Hamburg auf Bewilligung von 1000 Mk. für eine Enzyklopädie des Islam; ein Antrag des Gauverbandes Thüringen, für die Zukunft eine unmittelbare persönliche Fühlung der leitenden Stellen der Gesellschaft derart einzurichten, daß bestimmte leitende Personen jährlich mindestens einmal sich zum persönlichen Austausch der Meinungen für einen Tag an den Sitz einer Abteilung begeben, die einem Gauverbande angehört; ein Antrag des Vorstandsmitgliedes Konteradmiral z. D. Strauch, der in einer umfangreichen Begründung den Ausbau des Hafens von Tanga in Deutsch-Südwestafrika verlangt, und schließlich ein Antrag des Gauverbandes Rheinland, wonach den Abteilungen der Gesellschaft so bald als tunlich dreifarbenphotographische Lichtbilder und zweifarbenphotographische kinematographische Vorführungen nebst Erläuterungen zugänglich gemacht werden sollen.

Das neue französische Marineprogramm.

Der oberste Kriegsrat der französischen Marine, der bekanntlich seit dem 17. Mai fortgesetzt Beratungen über den Ausbau und die Reorganisation der Kriegsmarine abhielt, kam am Montag in einer Schlußsitzung unter dem Vorsitze des Präsidenten Fallières zu Ende und nahm, wie schon kurz in Nr. 263 der „Hall. Ztg." gemeldet, endgültig ein Marineprogramm an, welches von der Regierung in der Kammer eingebracht werden wird, wie man glaubt, ohne wesentliche Abänderungen. Darnach soll die französische Kriegsflotte bis 1919 auf einen Bestand von 45 Schlachtschiffen (Typ Dreadnought), 12 Kreuzern, 60 Zerstörern für die erste Linie, 84 Torpedobooten zur Küstenverteidigung und 64 Unterseebooten gebracht werden. Der Tonnengehalt der Schlachtschiffe soll alle bisherigen Dreadnoughttypen übertreffen, also 22 000 Tonnen übersteigen.

Die Kosten werden auf 80 Millionen für jedes Schlachtschiff veranschlagt. Auch die Errichtung neuer großer Docklagen wird in Aussicht genommen.

Ferner hat der oberste Kriegsrat bereits die Verteilung der Bauten auf die verschiedenen Kriegshäfen angeordnet. In Cherbourg, Brest, Lorient und Toulon werden die großen Schiffe gebaut, zudem in Cherbourg und Toulon auch wie bisher die Torpedo- und Unterseeboote. Die beiden letzteren Häfen sowie Brest werden auch mit der Instandhaltung des Schiffsmaterials betraut und mit den hierzu nötigen Maschinen versehen werden.

Der amtliche Charakter und der Ernst der Pläne wird durch nachstehende weitere Pariser Drahtmeldung bestätigt: Der unter dem Vorsitz des Präsidenten Fallières abgehaltenen Schlußsitzung des höheren Marinerats am Montag wohnten auch der Ministerpräsident sowie die Minister der Marine und des Krieges bei.

„Einer anscheinend offiziösen Note zufolge wären, wie ebenfalls schon hervorgehoben, von den drei Milliarden, welche die Ausführung des Bauprogramms des höheren Marinerats erfordern würde, die jährlichen Kredite des Marineministeriums für Neuherstellung im Betrage von 120 Millionen in Abzug zu bringen.

Englands Politik.

In der Dienstag-Sitzung des Presse-Kongresses zu London hielt der englische Staatssekretär Grey eine Rede, in der er die Aufrechterhaltung des Flottenstandards als die wichtigste Frage nicht nur für die Engländer in der Heimat, sondern auch für alle überseeischen Besitzungen mit Selbstverwaltung bezeichnete. Seine ganze Politik gehe dahin, das Reich zu konsolidieren und zu entwickeln und Streitigkeiten mit anderen Nationen so viel als möglich zu vermeiden. Die Presse könne viel zur Förderung dieser Bestrebungen, das Reich zu stärken und ihm den Frieden zu erhalten, beitragen. Er wolle auf den Ernst der am Sonnabend von Lord Rosebery gehaltenen Rede hinweisen, von der er jedes Wort unterschreibe. Grey führte dann weiter aus, daß in der auswärtigen Politik zurzeit zwar kein stürmisches Wetter herrsche, daß sich aber infolge der außerordentlich hohen Rüstungsausgaben eine Schwüle bemerkbar mache. Die Wichtigkeit dieser Ausgaben darf nicht überschätzt werden, fuhr Redner fort, doch sollten Sie heutzutage erkennen, wie bewußt wir uns der Tatsache sind, daß wir bei weitem zu viel auf dem Spiele zu stehen haben und uns nicht gestatten können, daß wir mit unsern Flottenausgaben ins Hintertreffen geraten, wie groß auch die Lasten sein mögen, die sie uns auferlegen. Die auswärtige Politik dieses Landes besteht darin, zu halten, was wir haben, es zu befestigen und zu entwickeln. Streitigkeiten mit anderen Nationen soweit als möglich zu vermeiden und im Rate der Völker und in der Politik überall in der Welt jene Ideale (!) hochzuhalten, auf die wir zu Hause soviel Wert legen. Wir behaupteten das Reich, indem wir in allen Streitfragen mit anderen Völkern den Grundsatz anerkannten, daß die beste Entscheidung in allen Streitigkeiten mit anderen Nationen die des Kompromisses (!) ist. Ich weise aber aufs entschiedenste jeden Gedanken daran zurück, daß wir bereitwilliger seien, Kompromisse mit anderen Staaten abzuschließen, wenn die Interessen der Kolonien in Frage stehen, als es in dem Falle geschieht, wo unsere eigenen Interessen auf dem Spiele stehen, oder daß das Auswärtige Amt nicht standhaft genug sei, englische Interessen zu wahren. Kompromisse gehören zu den wesentlichsten Erfordernissen jedes großen Reiches. Wir sollen zwar halten, was wir haben, müssen aber bei der Verfolgung unserer Interessen nach außen hin gemäßigt auftreten, sonst gäbe es keinen angemessenen Platz für andere in der Welt.

Deutsches Reich.

* **Kaiser Wilhelm und der Zar.** Eine Anzahl russischer und anderer ausländischer Blätter hält trotz der von deutscher Seite erfolgten Mitteilungen die Behauptung aufrecht, daß die Kaiser-Entrevue auf die Initiative des deutschen Kaisers zurückzuführen sei. Demgegenüber ist der Petersburger Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau durch das russische Ministerium des Auswärtigen ermächtigt, zu bestätigen, daß Kaiser Nikolaus die Initiative zu der Herbeiführung dieser Entrevue ergriffen hat und Kaiser Wilhelm auf Einladung des Kaisers von Rußland sich in die finnischen Gewässer begibt.

* **Der Kaiser vor Kiel.** Die Abreise Seiner Majestät des Kaisers nach Wildpark ist auf heute verschoben worden. Der Kaiser befindet sich an Bord der „Deutschland".

* **Der Bundesrat** erteilte in seiner Sitzung am Dienstag der Beschlußnahme des Reichstages zu dem Entwurf eines Viehseuchengesetzes seine Zustimmung.

* **Ausführungsbestimmungen zum Weingesetz.** Zu der am 3. und 4. ds. Mts. im Reichsamt des Innern abgehaltenen Beratung über die Ausführungsbestimmungen zum Weingesetz waren, wie wir hören, außer den Kommissaren der am Weinbau und Weinhandel vorwiegend interessierten Bundesstaaten auch Vertreter der Weinproduzenten und Weinhändler beteiligt. Während die allgemeinen Grundsätze der zur Sicherung der Einheitlichkeit im Vollzuge notwendigen Bestimmungen noch vorbehalten bleiben, handelte es sich in dieser Konferenz um die dringlichen Ausführungsbestimmungen, die vom Bundesrat bis zum Inkrafttreten des Gesetzes am 1. September d. J. erlassen werden müssen. Und zwar sind es die Spezialbestimmungen über die Zuckerungsanzeige, die Kellerbehandlung, die Behandlung der ausländischen Weine, die Bezeichnung von Schaumwein und Cognac und über die Buchführung. Man kann annehmen, daß der Erlaß dieser Vorschriften durch den Bundesrat bis zum 1. Juli erfolgen wird.

* **Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht** das Gesetz betreffend die Feststellung des preußischen Staatshaushaltsetats für das Etatsjahr 1909 vom 2. Juni 1909.

* **Die Gewerkschaften und die Maifeier.** Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Frankfurt a. M. nahm mit 129 gegen 51 Stimmen eine Resolution an, in der es heißt, daß die Maifeier durch Arbeitsruhe ohne eine Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft unmöglich sei. Auch sei sie faktisch unbrauchbar als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Erreichung günstiger Arbeitsbedingungen, daher könne die Beteiligung an

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190906092-15/fragment/page=0001

der Arbeitsruhe nicht den Mitgliedern zur Pflicht gemacht werden, sondern werde den einzelnen unter Tragung der Konsequenzen überlassen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Der Kaiser empfing am Dienstag die Minister Kossuth und Andrassy in längeren Sonderaudienzen. Die Minister kehrten nachmittags nach Budapest zurück.

Das österreichische Abgeordnetenhaus setzte am 8. Juni die Beratung über die Dringlichkeitsanträge betreffend die bosnische Agrarbank fort. Nach kurzer Debatte wurde zur Abstimmung geschritten. Zunächst erfolgte die namentliche Abstimmung über den ersten Teil der Resolution Sustersic, in welcher die Mißbilligung für die Erteilung der Konzession an die Bosnische Agrarbank ausgesprochen wird. Dieser Teil der Resolution wurde abgelehnt. Ebenso wurden der zweite Teil der Resolution Sustersic und der dritte Teil abgelehnt. Hierauf wurde die Resolution Redlich in den ersten drei Punkten einstimmig und im letzten Punkt betreffend das Verbot der Kotierung der Aktien der Bosnischen Agrarbank angenommen. Ebenso wurde einstimmig die Resolution des Abg. Baron Morsey angenommen, welcher u. a. dem gemeinsamen Finanzminister Burian das Mißtrauen ausspricht. Endlich wurde die Resolution Sylvester betreffend die Schaffung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes für die gemeinsamen Minister angenommen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Frankreich. Die Deputiertenkammer beschloß am Dienstag, für die Beratung der Interpellationen über die allgemeine Politik den 18. Juni festzusetzen. Dann fuhr das Haus mit der Beratung der Vorlage betreffend die Reform der Kriegsgerichte fort. — Der Senat hat die ersten drei Artikel des Gesetzentwurfs betreffend Gewährung von Prämien an Seidenbauer und Seidenspinnereien in der Fassung der Deputiertenkammer angenommen.

Rußland. Die Reichsduma hat die Generalbebatte über das Gesetz betreffend den Religionswechsel beendet und gegen die Stimmen der Rechten und eines Teiles der gemäßigten Rechten beschlossen, zur Beratung der einzelnen Artikel überzugehen. — Später erfahren wir noch aus Petersburg: In der Abendsitzung am Dienstag nahm die Reichsduma in erster Lesung das Gesetz betreffend den Uebertritt aus einer Religionsgemeinschaft in eine andere gemäß dem Referat der Kommission für Konfessionsfragen mit den von den Oktobristen vorgeschlagenen Aenderungen an.

Türkei. Wie die Zeitung „Sabah" aus Rhodos meldet, tauchen im Archipel neuerdings Piraten auf. Letzthin sollen die Kapitäne zweier Segelschiffe getötet worden sein. Ein Kanonenboot sei dort eingetroffen. Der Wali verlange jedoch die Entsendung mehrerer Kanonenboote. — Nach einer Meldung aus Saloniki verweigern die Bulgaren im ganzen Lande entschieden die Zahlung der Militärsteuer und veranstalten überall Kundgebungen zu Gunsten der Zulassung zum Dienst. In Tikvesch, wo die Behörden auf die Zahlung der Steuer bestanden, mußten mehrere Verhaftungen vorgenommen werden, wobei es zu einem Auflauf kam. Das Volk zog vor den Konak und erzwang gegen Sicherstellung die Freilassung der Verhafteten. Die Behörden erwarten vom Ministerium neue Verhaltungsmaßnahmen.

Die türkische Deputiertenkammer setzte am Dienstag die Beratung betreffend die Verfassungsrevision bei den Bestimmungen über den öffentlichen Unterricht fort. Namens der Griechen wurde der Antrag gestellt, die Privilegien der Nationalitäten bezüglich des Unterrichts aufrechtzuerhalten. Der Antrag wurde abgelehnt. Ein Antrag Doreff (Bulgare) betreffend Sicherung des Briefgeheimnisses wurde angenommen. Eingegangen ist der türkisch-montenegrinische Handelsvertrag, der einer Spezialkommission überwiesen wurde.

Bulgarien. Ministerpräsident Malinow trat am Dienstag eine Reise nach dem Auslande an.

Zur Lage auf Kreta. Der „Agence Havas" wird aus Konstantinopel bestätigt, daß die Türkei die Mächte aufgefordert hat, vorläufig noch die internationalen Truppenkontingente in Kreta zu belassen. Bei der Räumung Kretas durch die Truppen würde die Türkei sich das Recht vorbehalten, keinerlei Verletzungen des gouvernementalen status quo, wie sie solche seit der Erklärung der Angliederung an Griechenland geduldet hat, mehr zuzulassen und somit auf den vorherigen Stand der Dinge zurückzukommen. Aus London wird der „Agence Havas" gemeldet, die vier Schutzmächte hätten noch keinerlei Entscheidung getroffen, um im Falle der Räumung Kretas durch die internationalen Truppen den Schutz der ottomanischen Flagge sicher zu stellen. — Schließlich erfahren wir noch, daß zuständige Kreise in Athen entschieden in Abrede stellen, daß Griechenland jemals bei der türkischen Regierung wegen der Entsendung von türkischen Truppen nach Kreta sondiert habe.

Die marokkanische Gesandtschaft in Paris. Ministerpräsident Clemenceau hat den Mitgliedern der marokkanischen Gesandtschaft einen Besuch abgestattet.

Vereinigte Staaten von Amerika. Der Senat hat am 7. cr. für Strumpfwaren die Zollsätze des Dinglentarifs angenommen, wobei er gegenüber den vom Repräsentantenhause beschlossenen Sätzen eine Zollermäßigung von 20 Cents für je zwölf Paar eintreten ließ. — Ferner hat der Senat den Zoll auf baumwollene Handschuhe auf 50 Cents und 45 v. H. Wertzoll für das Dutzend Paar im Werte von 120 Cents bis 6 Dollars erhöht.

Die Luftschiffahrt.

Major Parseval über die Fahrt des Grafen Zeppelin. Die Frage, warum Graf Zeppelin nicht nach Berlin gekommen sei, wurde Montag abend in der vor den Sommerferien letzten Sitzung des Berliner Vereins für Luftschiffahrt von Major Parseval aufgeworfen:

Ihm, Major v. Parseval, seien die Wetterkarten der drei Tage vom 29. bis 31. Mai abends vorgelegt worden, wobei sich, zumal die Karten ganz unparteiisch seien, die folgende merkwürdige Tatsache ergeben habe: Am 29. Mai herrschte ein ausgesprochener SW.-Wind, der sich über ganz Mitteldeutschland ausdehnte und bis zum 31. Mai früh anhielt. Zu dieser Zeit befand sich Graf Zeppelin mit seinem Ballon über Bitterfeld. Sodann drehte sich der Wind nach NO. und hielt in dieser Richtung an, bis der Ballon nach Stuttgart kam. Es sei hier eine völlig einwandsfreie Fahrt nachweisbar und ein Freiballon würde denselben Weg gegangen sein, hätte also die gleiche Schleife gemacht wie der Ballon des Grafen Zeppelin. Interessant sei die Nachricht, von beteiligter Seite sei überhaupt noch nichts darüber erklärt worden, daß Graf Zeppelin bei Bitterfeld einen Landungsversuch gemacht habe. Das sei aber nicht zutreffend, vielmehr habe Graf Zeppelin versucht, ob die Bodenwindströmung nicht etwa schwächer war als in den höheren Luftschichten. Als dies aber nicht der Fall war, sei Graf Zeppelin wieder aufgestiegen und deshalb auch nicht nach Berlin gekommen.

Gordon-Bennet-Rennen. Nach einer aus Essen (Ruhr) uns zugehenden Meldung sind die am Sonntag zur Ausscheidungsfahrt für das Gordon-Bennet-Rennen aufgestiegenen 13 Ballons nunmehr alle glücklich gelandet. Das vorläufige Endergebnis ist folgendes: 1. Ballon Hildebrand, Führer Dr. Bröckelmann, gelandet in Kehl (Baden); 2. Ballon Otto v. Guericke, Führer Leutnant Holthoff v. Hahmann, gelandet in Tauberbischofsheim; 3. Ballon Elberfeld, Führer Meckel, gelandet bei Würzburg; 4. Ballon Schlesien, Führer Dr. Kempken, gelandet in Werneck bei Kitzingen; 5. Ballon Hamburg, Führer Hauptmann v. Abercron, gelandet südlich von Kitzingen; 6. Ballon Abercron, Führer Oberleutnant v. Goltzheim, gelandet in Gräfenberg (Oberfranken); 7. Ballon Schröder, Führer Schröder, gelandet in Miltenberg (Unterfranken). Die übrigen Ballons, die eine weniger weite Fahrt machten, sind wie folgt gelandet: Ballon Dresden bei Niederursel (Frankfurt a. M.); Ballon Riedinger bei Ruppertshofen unweit St. Goarshausen; Ballon Bamler bei Frankfurt a. M.; Ballon Overstolz in Schönau a. Saale (Unterfranken); Ballon Zähringen bei Limburg; Ballon Segler, Führer Erbslöh, bei Breitharbt unweit Schwalbach.

Aus Nah und Fern.

Wolkenbruch. Nach einer Meldung aus Tischnowitz (Mähren) sind durch ein mit wolkenbruchartigem Regen verbundenes Gewitter in dortiger Gegend die Saatenvollständig vernichtet worden. Der Schaden wird auf ein Million Kronen geschätzt.

Die Entscheidung der Streikfrage bei Borsig wird heute, Mittwoch, vormittag fallen. Die Hammerschmiede stimmten den Vereinbarungen zu. Heute früh wollen die Stemmer abstimmen.

Großfeuer. Die Offenburger Spinnerei ist mit allen Maschinen vollständig niedergebrannt. Der Schaden wird auf 800000 Mark geschätzt.

Aussperrung. Am Sonnabend ist die Aussperrung der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter und Hilfsarbeiter in Hamburg durchgeführt worden. Es kommen vorläufig zirka 6000 Personen in Betracht. Von der Aussperrung werden die Malergehilfen nicht betroffen, weil die Innung mit den Arbeitnehmern einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, der bis zum Schlusse dieses Jahres Gültigkeit hat. Die auf dem Zentralriehhof in Ohlsdorf beschäftigten Staatsarbeiter sind, wie die Blätter melden, ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten.

Die Teppiche des Zaren. Aus Petersburg wird der „T. R." gemeldet: Ein keckes Räuberstückchen wurde am vergangenen Sonnabend unmittelbar unter den Augen der Polizei verübt. Bei der Einweihung des Denkmals für den Zaren Alexander III. war der ganze Platz am Nikolai-Bahnhof, wo das Monument seinen Platz gefunden hat, mit kostbaren Teppichen aus den kaiserlichen Schlössern ausgelegt worden. Sowie die Feierlichkeit vorüber war, erschienen 24 Wagen, auf die eine Anzahl Arbeiter die Teppiche verlud. Den wachthabenden Polizeioffizieren, die im großen Umfange die Straßen abgesperrt hatten, wurde es einigermaßen schwül zumute, als eine halbe Stunde später eine zweite Wagenkolonne erschien, die gleichfalls die Teppiche abholen wollte. Da sich die Führer dieser Kolonne als Palastbeamte ausweisen konnten, wurde es bald klar, daß sich die Polizei von einer Bande äußerst sicher auftretender Banditen hatte täuschen lassen. Trotz aller Bemühungen ist es bisher nicht gelungen, irgend etwas über den Verbleib der gestohlenen Teppiche in Erfahrung zu bringen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

W. Magdeburg, 9. Juni. (Raubgesindel.) Im Biederitzer Busch wurden zwei junge Damen von drei Männern überfallen, die ihnen die Handtaschen entreißen wollten. Eine Dame setzte sich so energisch zur Wehr, daß die Burschen flüchteten, ehe andere Spaziergänger sich näherten.

W. Erfurt, 7. Juni. (Ein Strafprozeß, der drei Tage dauern wird,) begann heute vor der ersten Strafkammer. Wegen Betruges und Mißbrauches von Warenzeichen sind angeklagt die Engros-Lederwarenhändler Ewald Arnold und Rudolf Oehmchen aus Erfurt. Als Nebenkläger tritt auf der Kaufmann Johann Caspar Engel, Inhaber der Firma Robert Zinn u. Co. in Barmen. Es sind 27 Zeugen und 4 Sachverständige erschienen. Nach dem Anklagebeschluß wird dem Angeklagten Arnold zur Last gelegt, daß er in den Jahren 1903 bis 1906 durch zwei selbständige Handlungen die Firma Robert Zinn u. Co. in Barmen um 12 500 Mark geschädigt habe, indem er wahrheitswidrig angegeben habe, die von der Firma Zinn u. Co. zu bezieehenden Waren seien für den Verkauf im Auslande bestimmt, während aber in Wirklichkeit die Absicht bestanden habe, die Waren in Deutschland zu verkaufen. Durch die unwahre Angabe hat die Firma Zinn u. Co. sich veranlaßt gesehen, die Waren zu billigerem Preise abzugeben. Der Mitangeklagte Oehmchen, der Teilhaber am Arnoldschen Geschäft ist, wird beschuldigt, die von der Firma Zinn u. Co. bezogenen Sachen, die ein gesetzlich geschütztes Warenzeichen hatten, unter anderer Firma in den Verkehr gebracht zu haben. Die Angeklagten bestreiten, daß sie bei ihrem Geschäftsgebaren sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben.

K. C. Jena, 7. Juni. (Ein merkwürdiges Gerichtsurteil.) Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Kyffhäuser-Korrespondenz" u. a. folgendes: Die Sozialdemokratie betreibt keine demagogische Aufhetzerei — so hat kürzlich das Schöffengericht in Jena entschieden und die reichstreue „Jenaische Zeitung" verurteilt, die der sozialdemokratischen „Weimarischen Volkszeitung" in einem bestimmten Falle „Aufhetzerei nach bekanntem demagogischen Rezept" vorgeworfen hatte. Der äußere Anlaß dazu war folgender: Gelegentlich der Verhandlungen im Altenburger Landtage über die Erhöhung des Staatszuschusses für die Jenaer Universität hatte der Sozialdemokrat Buchwald darauf hingewiesen, daß die Universität Jena zu einem großen Teile von der Karl Zeiß-Stiftung erhalten werde, daß aber das Geld der Stiftung in erster Linie von den Arbeitern der Zeißschen Werke erarbeitet worden sei und noch täglich erarbeitet werden müsse. Diesen Bericht hat die sozialdemokratische „Weimarische Volkszeitung" mit folgender Bemerkung versehen: „Man scheut sich nicht, das Geld von den Arbeitern dazu zu benutzen, um die Universität überhaupt zu erhalten, nein, von dem Gelde der Arbeiter werden auch die Institute erbaut, die im Interesse der Wissenschaft nötig sind. Auf der anderen Seite ist es aber der Arbeiterschaft infolge der hohen Kosten nicht möglich, ihre Söhne an der Universität unterrichten zu lassen. Die Besucher der Hochschule genießen außerdem noch besondere Vorrechte und haben für die Arbeiter nur noch einen verächtlichen Blick übrig." Wenn ein bürgerliches Blatt eine derartige Auslassung als demagogische Aufhetzerei bezeichnet und dafür vom Schöffengericht verurteilt wird, so werden die Herren „Genossen" in erster Linie über ein derartiges Urteil die Köpfe schütteln. Denn in ihren Kreisen weiß man am besten, was es mit der sogenannten sozialistischen Volksaufklärung auf sich hat, und spricht es auch gelegentlich öffentlich aus. So hat auf einem Delegiertentag in Dresden im Jahre 1899 der sächsische Sozialdemokrat Fränzdorf das schöne Wort geprägt, das bei dieser Gelegenheit wieder einmal niedriger gehängt sei: „Wir haben doch bisher nicht gewählt, um Mandate zu erringen, sondern um unsere Ideen in die Massen zu bringen. Wir wählten, um zu wühlen!" Und ein anderer Genosse, der Genosse Kaden, führte aus, „für die Sozialdemokratie kommt es in der Hauptsache darauf an, den Klassenhaß zu schüren." Die Reihe dieser Aufsprüche läßt sich beliebig ins Endlose erweitern. So hat die „Genossin" Zietz in demselben Jena, wo jetzt der Spruch des Schöffengerichts gefällt worden ist, auf dem Jenaer sozialdemokratischen Parteitage erklärt, die indifferenten (gleichgültigen Massen müßten „aufgestachelt, aufgepeitscht" werden. Wer die sozialdemokratischen Blätter nur oberflächlich verfolgt, [illegible] demokratie ihrer aufhetzenden Tätigkeit selbst rühmt. Diese [illegible] bekundet, wie nochmals hervorgehoben sei, daß die [illegible] maßgebenden Führer, daß sie „wählt, um zu wühlen", daß [illegible] darauf anlegt, die indifferenten Massen „aufzustacheln und [illegible] zupeitschen", daß es ihr in der Hauptsache darauf ankommt, [illegible] „Klassenkampf zu schüren". Das alles tut sie eingestandenermaßen. Wer sich aber erlaubt, daraus den Schluß zu ziehen, [illegible] die Sozialdemokratie demagogische Aufhetzerei treibt, der [illegible] vom Jenaer Schöffengericht wegen Beleidigung verurteilt.

Kurorte und Reisen.

§ **Neuenahr,** im Juni 1909. Begünstigt durch das wunderschöne Frühlingswetter, hat die Saison in diesem Jahre einen ordentlich lebhaft sich entwickelt, es befinden sich bereits eine große Anzahl Kurgäste mehr in Neuenahr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Von Verbesserungen sind hervorzuheben die Vergrößerung und der Glasabschluß der Trinkhalle und der geschlossenen Wandelbahnen, welche jetzt bei jeder Witterung einen reichenden Schutz gewähren. Der schönste Aufenthalt während der Trinkkur ist natürlich der wunderbare Kurpark. Das in einigen Jahren erichtete neue Kurhaus vereinigt in sich die Lese- und Spielsäle und den Fest- und Theatersaal, in welchen regelmäßig die von Jung und Alt gern besuchten Tanz-Unterhaltungen abgehalten werden. — Das 40 Musiker starke Kurorchester, welches täglich dreimal konzertiert, fesselt durch seine künstlerischen Darbietungen das Kurpublikum ebenso wie Militär- und besonderen Künstlerkonzerte. Unter den zahlreichen deutschen und ausländischen Kurgästen befinden sich u. a.: Der Herzog von Croy und Kardinal-Erzbischof Fischer aus Köln, eine wichtige Neuerung hat die Eisenbahnverwaltung getroffen, indem dem Zuge, welcher 6 Uhr 33 Min. abends von Köln nach Koblenz abgeht, Wagen angegliedert sind, welche direkt nach Neuenahr durchfahren, so daß ein Umsteigen in Remagen mit diesem Zuge nicht mehr notwendig ist. Die Gäste aus Berlin z. B. verlassen Bahnhof Friedrichstraße morgens 8 Uhr 52 Min. und sind abends 8 Uhr 5 Min. in Neuenahr, wobei sie nur in Köln den Wagen wechseln brauchen. Die Reisenden, welche aus dem Süden kommen, finden in Koblenz nachmittags 4 Uhr 40 Min. einen Zug, welcher ebenfalls ohne Wagenwechsel in Remagen nach Neuenahr fährt und daselbst 5 Uhr 54 Min. eintrifft. — Die Frequenz betrug am 28. Mai cr. bereits 3386 Personen.

— **Die Frequenz der schlesischen Bäder** nach der amtlichen Kurliste: Altheide am 1. Juni 486 Kurgäste, Flinsberg am 24. Mai 228 Kurgäste, Salzbrunn am 29. Mai 329 Kurgäste, Gorzaltowitz am 29. Mai 285 Kurgäste, Charlottenbrunn am 26. Mai 460 Kurgäste, Reinerz am 1. Juni 493 Kurgäste, Sandau am 1. Juni 673 Kurgäste, Kudowa am 1. Juni 1457 Kurgäste, Warmbrunn am 30. Mai 677 Kurgäste.

= **Norderney-Familienbad.** Es wird uns geschrieben: Die Lücke ist ausgefüllt, ein alter, lang gehegter Wunsch vieler Badegäste ist in Erfüllung gegangen: Die Einrichtung eines Familienbades wird zur Wirklichkeit. Der Badestrand liegt zwischen den Herren- und Damenbad und wird bereits in dieser Kurzeit eröffnet. Diese Neuerung, einem längst empfundenen Bedürfnis entsprechend, wird allen Freunden Norderneys hochwillkommen sein und dem Bade gewiß viele neue Gäste zuführen. Zahlreiche Neubauten sichern die Unterkunft auch während der Hochsaison.

Sol-, Moor- und Ostseebad Ost-Dievenow. Wie uns Direktion mitteilt, ist das Kurhaus eröffnet worden, ebenso die Sol-, Moor- und Seebäder mit Rücksicht auf die starke Nachfrage und die eingetretene warme Witterung dem öffentlichen Betriebe übergeben worden, sodaß, inbezug auf Unterkommen, Verpflegung usw. bestens gesorgt ist.

= **München und das bayerische Hochland.** Viele, die jetzt daran denken, ihre Pläne für die Sommerfrische zu machen, haben mit der Wahl auch die Qual. Es ist nicht jedermanns Sache, sich mit Hilfe dickleibiger Reisehandbücher einen Sommerfrischort auszuwählen und die Sache kompliziert sich auch noch dadurch, daß der meistben häufig das Gebiet, in das sie gerne reisen möchten, so gut wie unbekannt ist. Die große Zahl der Ferienreisenden, die als Ziel ihrer Sommerreise das bayerische Hochland ins Auge fassen, dürfte es daher gewiß interessieren, zu wissen, daß in Berlin die beste Gelegenheit gegeben ist, sich über dieses Gebiet auf die bequemste Art und Weise zu informieren. Im Internationalen öffentlichen Verkehrsbureau in Berlin, Unter den Linden 14, befindet sich eine amtliche Auskunftstelle der Königlich bayerischen Staatseisenbahnen, die in der Lage ist, nicht nur über alle Anfragen in Bezug auf die bayerischen Hochlandsorte usw. eingehendst mündliche und schriftliche Auskunft zu erteilen, sondern auch von fast allen Orten des bayerischen Hochlandes, einschließlich München, Prospekte und Spezialführer kostenfrei abzugeben. Es empfiehlt sich daher, sich dieses Bureaus, das Auskünfte vollständig kostenlos erteilt, zu bedienen.

Letzte Telegramme.

Der Urlaub des Freiherrn v. d. Goltz.

Berlin, 9. Juni. Die „Nationalztg." vernimmt, der Urlaub, den der Generalobersl Freiherr v. d. Goltz im Laufe des Sommers in Konstantinopel verbringen werde, sei auf vier Wochen bemessen.

Björnsons Erkrankung.

Berlin, 9. Juni. Dem „B. T." zufolge ist Björnsons Erkrankung ziemlich ernst; doch besteht augenblicklich keine Gefahr.

Von der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Dresden, 8. Juni. In der heutigen Vorstandssitzung der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde nach Erledigung interner geschäftlicher Fragen Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg zum Präsidenten wiedergewählt und zum geschäftsführenden Vizepräsidenten der Wirkliche Geheimrat Kaiserlicher Botschafter a. D. von Holleben.

In Flammen!

Darmstadt, 9. Juni. Seit gestern abend 9 Uhr sind die Maschinenhallen am Main-Neckar Bahnhof in Flammen. Die ganze Feuerwehr und auch Militär ist ausgerückt. Der Zugverkehr wird durch Umleiten aufrecht erhalten.

Die Niederlande und England.

Haag, 9. Juni. Die Königin Wilhelmina und Prinz Heinrich der Niederlande wollen im Herbst den englischen Hof besuchen. Sie werden unter Entfaltung besonderen Pompes in Windsor empfangen werden.

Ein furchtbares Gemetzel.

Aleppo, 9. Juni. Das scharfe Vorgehen der türkischen Behörden in Adana, wo zwölf Rädelsführer, darunter 5 Armenier, gehenkt wurden, wurde von dem Pöbel, der zwischen Golf und Gebirge, nördlich und östlich von Alexandrette, wohnt, mit dem angedrohten Gemetzel beantwortet. Etwa 100 Personen kamen dabei um.

Kälte in Spanien.

Madrid, 9. Juni. Ein Gendarm, dem die Bewachung des Königschlosses La Granja obliegt, wurde erfroren aufgefunden. In der Provinz Gerona wurden zwei von Wölfen stark angefressene Leichen gefunden, die von Personen stammen, welche vor Kälte umgekommen waren.

— Wasserwärme der Saale, mitgeteilt vom Florabad am 9. Juni: 20° C.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190906092-15/fragment/page=0002

Kongresse und Ausstellungen.

— **Der Preußische Verein der Lehrer und Lehrerinnen an Mittelschulen und höheren Mädchenschulen** hielt in diesen Tagen in Frankfurt a. M. seine 14. Generalversammlung ab, die von dem 1. Vorsitzenden, Rektor Breidenstein-Wiesbaden, eröffnet und geleitet wurde. Vertreter hatten entsandt das Kultusministrium, die Königliche Regierung zu Wiesbaden, die Stadt Frankfurt a. M., Lübeck und verschiedene andere Behörden und Gemeinden. Den Jahresbericht erstattete der 1. Schriftführer, Dreyer-Thorn. Er hob besonders hervor, daß alle Arbeit des Vereins, eine gesetzliche Regelung des Mittelschulwesens und der Besoldung der Mittelschullehrer herbeizuführen, vergeblich gewesen wären. Die Lehrpersonen an den Mittel- und Rektoratsschulen seien jetzt die einzigen öffentlichen Beamten in Preußen, deren Besoldung auf keiner gesetzlichen Grundlage beruhe. Der Verein habe sich erfreulich weiter entwickelt, er ist von 1666 Mitgliedern auf 2845 gestiegen. Es folgte dann ein Vortrag von Sommer-Halle a. S. über die Frage der Besoldung der Lehrpersonen an Mittelschulen. Es wurden Leitsätze angenommen, in denen es heißt: „Die 14. Generalversammlung beschließt, der Königl. Staatsregierung und den beiden Hohen Häusern des Landtags in diesem Jahre wiederum die Bitte zu unterbreiten, die einheitliche gesetzliche Regelung der Besoldung der Lehrpersonen an Mittelschulen und Rektoratsschulen in der nächsten Landtagssession herbeiführen zu wollen. Der Verein hält grundsätzlich fest an den Beschlüssen seiner 13. Generalversammlung in Halle a. S. Die 14. Generalversammlung bittet die gesetzgebenden Körperschaften, die gesetzliche Regelung der Besoldung der Lehrkräfte an den öffentlichen Mittelschulen und Rektoratsschulen so zu gestalten, daß 1. die Lehrer und Lehrerinnen an diesen Schulen auf keinen Fall geringer besoldet werden, als die entsprechenden Lehrerkategorien an den staatlichen höheren Lehranstalten, und daß 2. das Gehalt der Mittelschulrektoren in der Mitte steht zwischen dem Gehalt der Volksschulrektoren und dem der Oberlehrer an höheren Lehranstalten." Nach einem Vortrage von Roth-Halle a. S. erfolgte eine ausführliche Besprechung über die Berechtigungsfrage. Es wurde beschlossen, Denkschriften an die einzelnen Staatsministerien abzusenden, in denselben ersucht werden, allen Mittelschülern, die eine neunstufige Mittelschule mit Erfolg besucht haben, die Berechtigung zum Eintritt in die mittleren Laufbahnen des Staatsdienstes und die mittleren Fachschulen zu gewähren. Den Schluß der Versammlung bildete eine eingehende Debatte über den Lehrplan der Rektoratsschulen sowie der neunklassigen Mädchenmittelschulen.

— **Deutscher Privatbeamten-Verein.** In Dresden tagte am Sonntag die Hauptversammlung des Deutschen Privatbeamten-Vereins. Schon am Sonnabend hatten die Mitglieder des Verwaltungsrats und des Direktoriums sowie der Vertrauensmännerausschuß eine vorbereitende Sitzung abgehalten. Nachmittags erfolgte die Gründung der Waisenkasse des Verbandes. Der dazu erforderliche Garantiefonds von 100 000 Mark war von den Mitgliedern überzeichnet worden. Als Vorstand der neuen Wohlfahrtskasse wurden Generaldirektor Schmelzer und Direktor Alter (Magdeburg) gewählt. Die Hauptversammlung wurde Sonntag morgen von dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Kaufmann Schmitz (Magdeburg), eröffnet. Kaufmann Dietze (Leipzig) sprach sodann zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Abwehr der von einem früheren Mitgliede in Kassel gegen den Vorsitzenden gerichteten persönlichen Angriffe" und begründete folgende Resolution: „Die Hauptversammlung verurteilt mit aller Entschiedenheit die fortwährenden, durchaus ungerechten und böswilligerweise gegen die Verwaltung und den Vorsitzenden des Verwaltungsrats gerichteten Angriffe des „Unser Privatbeamter". Die Hauptversammlung erachtet diese Auslassungen als absichtliche Schädigung der Interessen des Vereins und seiner Kassen, und dies um so mehr, als jenes Blatt gestifftenlich unter den dem Verein nahestehenden Firmen fortgesetzt verbreitet wird. Gleichzeitig spricht die Hauptversammlung dem Verwaltungsrate und dem Direktorium und insbesondere dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats ihr vollstes Vertrauen aus. Die Hauptversammlung beauftragt, daß das Direktorium diese Resolution sämtlichen Mitgliedern des Vereins usw. sofort übermittelt." Nach längerer Diskussion gelangte diese Resolution zur Annahmhe. Ueber die Geschäftsberichte der Jahre 1907 und 1908, die beide mit Ueberschüssen abschließen, sprach Direktor Schmelzer (Magdeburg). Der Mitgliederbestand beträgt zurzeit 25 164. Im Jahre 1908 wurden neu gegründet 13 Zweigvereine und 20 Verwaltungsgruppen, so daß der Verband jetzt 183 Zweigvereine und 205 Verwaltungsgruppen zählt. Für Unterstützungszwecke wurden im Jahre 1908 insgesamt 22 000 Mark verwendet. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, daß der Verein die Verzinsung der Schuldverschreibungen, die für den Gründungsfonds der Waisenkasse in Höhe von 100 000 Mark ausgegeben worden sind, mit 5 Prozent übernimmt. Der Haushaltsplan für 1910 wurde festgesetzt mit 268 600 Mark Einnahmen und 248 500 Mark Ausgaben, der für 1911 mit 280 600 Mark Einnahmen und 268 500 Mark Ausgaben. Als Ort für die nächste Tagung wurde Berlin gewählt.

— **Verbandstag selbständiger Kaufleute.** Die zu einem Verbande vereinigten selbständigen Kaufleute der Provinz Sachsen und der Herzogtümer Anhalt und Braunschweig hielten am Montag im Schützenhause zu Staßfurt ihre 24. Verbandstagung ab. Nach den üblichen Begrüßungsansprachen erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im abgelaufenen Geschäftsjahre der Schriftführer Herr Fr. Dolge-Bernburg. Daran schlossen sich der Kassenbericht und die Entlastung des Kassierers an. Die Versammlung nahm sodann zwei Vorträge entgegen. Der Syndikus der Halberstädter Handelskammer, Herr Freiherr v. Bönigk, sprach über „Die praktische Kaufmannslehre" und Herr Oberpostinspektor Rüter-Staßfurt über „Einrichtung und Zwecke des Postscheckverkehrs". In Verfolg des letzteren Vortrages wurde beschlossen, die Handelskammer zu ersuchen, Schritte zu unternehmen, damit auch in Magdeburg ein Postscheckamt errichtet werde. Hierauf ging man an die Beratung von Anträgen. Herr Aug. Biermann-Quedlinburg berichtete über den Antrag des dortigen Vereins: „Wie sind unreelle Packungen, die beim Einsalzen der Fische in Tonnen in den letzten Jahren wiederholt hervorgetreten sind, mit Erfolg zu bekämpfen?" Mit diesem Punkt hat sich bereits der Deutsche Handelstag beschäftigt. Es wurde empfohlen, etwaige Klagen dem Vorstand mitzuteilen, der sie dem Zentralverbande unterbreiten will. Ein weiterer Antrag desselben Vereins (Berichterstatter Herr Hugo Ströfer-Quedlinburg) ging dahin, der Verbandstag wolle beschließen, dahin zu wirken, daß neben den Volumen-Alkoholometern auch die Gewichts-Alkoholometer zur Eichung zugelassen werden. Zu dem Antrage wurde empfohlen, daß der Verein Quedlinburg ihn näher präzisieren und dem Zentralvorstande einreichen möge. Bei den darauf vorgenommenen Wahlen zum Vorstand wurden in diesen die Herren Dolge-Bernburg, Buer-Quedlinburg und Bahlemann-Helmstedt gewählt. Nach einer freien Besprechung, die manches Interessante brachte, wurde Magdeburg zum Vorort gewählt.

Börsen- und Handelsteil.

W. **In der Sitzung des Aufsichtsrats der Vereinigten Königs- und Laurahütte** am 8. cr. berichtete der Generaldirektor über die Ergebnisse des dritten Viertels des Geschäftsjahres 1908/09 (Januar bis März 1909). Das oberschlesische Kohlengeschäft ließ sich schon bei Beginn des Jahres 1909 weniger befriedigend an als im vorangegangenen ersten Halbjahr. Trotz dieser Absatzerschwernis hat die Förderung der Kohlengruben der Gesellschaft im Berichtsvierteljahr diejenige des gleichen Zeitraumes des Vorjahres um rund 53 000 To. überholt. Die finanziellen Ergebnisse der Kohlengruben sind bessere gewesen als im Vorjahre. War die Lage des Kohlenmarktes trotz der eingetretenen Abschwächung in dem Berichtsvierteljahr noch eine befriedigende, so lag dagegen das Eisengeschäft ganz außerordentlich ungünstig. Fast noch schlechter ist die Lage des Grobblechmarktes wegen der geringeren Beschäftigung der Werften, Brückenbauanstalten und Konstruktionswerkstätten; nur das Feinblechgeschäft liegt etwas besser. Angesichts dieser außerordentlich ungünstigen Lage der gesamten deutschen Walzeisenindustrie könne es nicht genug bedauert werden, daß der erstrebte Zusammenschluß der Stabeisen- und Blechproduktion nicht erreicht worden sei. Infolge des jetzt bis auf rund 92 Mk. fob Antwerpen und Hamburg gesunkenen Weltmarktpreises für Handelseisen haben auch die Werke der Gesellschaft im Berichtsquartal mit so hohen Mindererlösen zu rechnen gehabt, daß die schlesischen Hütten, aller auf Verbilligung der Selbstkosten und besserer Verwertung gerichteten Anstrengungen ungeachtet, nicht nur keinen Gewinn brachten, sondern mit Verlusten abschlossen. Auch die russischen Hütten der Gesellschaft arbeiteten nach wie vor mit erheblichen Verlusten. Die umfangreiche Bautätigkeit, die auf den Hütten in erster Linie seine Erhöhung der Produktion, sondern eine erhebliche Verbilligung der Selbstkosten bezweckt, hat gute Fortschritte gemacht. Um selbst bei einer Andauer der schlechten Konjunktur die Durchführung des Ausbaues der Gruben und Hütten nach dem von Aufsichtsrat genehmigten Bauplan sicherzustellen, hat sich die Verwaltung einen mehrjährigen Bankkredit von 10 Millionen Mark zusagen lassen. Was das bisherige finanzielle Ergebnis der Gesellschaft betrifft, so können aus den in der letzten Generalversammlung dargetanenen Gründen genaue Zahlenangaben nicht gemacht werden, es wird aber mitgeteilt, daß der Gewinn der ersten drei Viertel des laufenden Geschäftsjahres um rund 2 Millionen Mark gegen denjenigen des gleichen Zeitraumes des Vorjahres zurückbleibt und daß dieser Mindergewinn in dem durch den Preissturz auf dem Eisenmarkt verursachten erheblichen Rückgang der Erträgnisse der Eisenhütten seine Ursache hat. Dabei ist die Beschäftigung der Hüttenwerke der Gesellschaft zurzeit noch eine immerhin gute zu nennen. Die Walzwerke der Gesellschaft sind in Trägern gut, in Stabeisen, Blechen und syndizierten Röhren auskömmlich beschäftigt. Die für den Handel und die Verseinerungsbetriebe vorliegenden festen Aufträge aller Art im Gesamtwerte von 12½ Millionen Mark sichern den Hüttenwerken der Gesellschaft eine Beschäftigung von rund vier Monaten, leider aber zu Preisen, die teils hart an den Selbstkosten, teils aber darunter liegen, so daß für das laufende Geschäftsjahr auf einen Ueberschuß der Hütten nicht gerechnet werden kann. Ueber das Gesamtresultat des Geschäftsjahres 1908/09 können Mitteilungen noch nicht gemacht werden, da die Ergebnisse des letzten, am 30. Juni cr. ablaufenden, wegen der Abrechnung mit den Verbänden und der Ergebnisse der Verseinerungsbetriebe besonders wichtigen Vierteljahres sich noch nicht übersehen lassen.

W. **Deutsch-Luxemburger Bergwerks- und Hütten-A.-G.** Die „Köln. Ztg." meldet: Nach unserer Erkundigung entbehren die Gerüchte, daß die Deutsch-Luxemburger Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft beabsichtige, sich mit der Gewerkschaft Deutscher Kaiser zu verschmelzen, jeder Grundlage. Der erwähnte Gedanke ist zu keiner Zeit zwischen den maßgebenden Stellen besprochen worden.

W. **Betriebsgesellschaft der orientalischen Eisenbahnen.** In der am 8. Juni stattgehabten Sitzung des Verwaltungsrates der Betriebsgesellschaft der orientalischen Eisenbahnen wurde die Bilanz für das Jahr 1908 vorgelegt, welche inklusive des Vortrages vom Vorjahre in Höhe von 1 229 431,77 Frcs. einen Betriebsüberschuß von 4 611 898,75 Frcs. aufweist. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, der am 28. Juni in Wien stattfindenden Generalversammlung vorzuschlagen, dem ordentlichen Reservefonds 169 123,35 Frcs., dem Erneuerungsfonds 300 000 Frcs. zu überweisen, eine Dividende von fünf Prozent gleich 25 Frcs. pro Aktie an die Aktionäre zu verteilen, von den nach Bestreitung der statutarischen Tantiemen verbleibenden 1 601 441,04 Frcs. einer Reserve für aufgewendete Kosten für Studierung und Tracierung neuer Strecken 400 000 Frcs. zuzuwenden und den Rest von 1 201 441,04 Frcs. auf neue Rechnung vorzutragen.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. **Hamburg**, 8. Juni. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Durum I prompt 254 M, Mai/Juni 253½ M, Hardwinter II Aug./Sept. 247½ M, Walla Walla schwim. 259½ M, Rosafe 79/80 kg April/Mai 261 M, Mai/Juni 260 M, Bark. Russo 79/80 kg schwim. 260½ M, April/Mai 258½ M, Mai/Juni 258 M, Ulka 9 Pud 35 lab. 254 M, 10 Pud April/Mai 258 M, Sibirisch. 74/75 kg Mai/Juni 244 M, Austral. schwim. 263½ M — Roggen: 9 Pud 10/15 gute Häfen prompt 198 M, Petersburger 69/70 kg Mai/Juni 195 M, Juni/Juli 194 M, Novorosi, 9 Pud 10/15 prompt 194 M — Futtergerste: Südruss. 60/61 kg schwim. 130½—130¾ M, Mai 131½ M, Juni 131½ M, Juli 132 M, Aug./Okt. 131 M — Hafer: Nordruss. 50/51 kg 3 % Juni 193½ M, 47/48 kg 3 % prompt 184½ M, Mai/Juni alt 183½ M, Juni/Juli 183 M — Mais: La Plata schwim. 156 M, April/Mai 152½ M, Mai/Juni 150 M, Juni/Juli-Juli/Aug. 150 M.

— **Berlin**, 8. Juni. (**Berliner Produktenbörse.**) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen Juli 255,50—256,75 M September 229,75 230,50 M Roggen, inländ., 195,50—196,50 M ab Bahn und frei Mühle, Sept. 193—193,25 M Hafer, märk., mecklburg., pomm., preuß., pos. und schles. fein 209 bis 213 M, mittel 202—208 M, gering —,— M, russ. feiner 199,00 bis 208,00 M, russ. und Donau mittel 190,00 bis 198,00 M, geringer 184,00 bis 189,00 M ab Bahn und frei Wagen. Mais. amerik. Mixed 180,00—184,00 M, abfallender 175—178 M, runder 174,00—180,00 M frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 160,00—175,00 M, gute 176,00—186,00 M, russische und Donau leichte 141,00 bis 145,00 M ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländ. und ausländ. Futterwaare mittel 194—198 M. Taubenerbsen 199—210 M, ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 33,50—36,00 M Roggenmehl 0 und 1 24,60 bis 26,30 M Weizenkleie 12,10—12,90 M Roggenkleie 12,40—13,10 M — Mittagsbörse: Weizen inl. ohne Angebot, Juli 256—255,75 bis 256,25 M, September 200,50—229,75 M, Oktober 228,60—227,75 M Roggen inländ. 196—197 M ab Bahn, Juli 199,00—198,25 bis 198,50 M, September 193,75—193,50—194,00—193,00—193,25 M Hafer Juli 187,50—187,00 M, September 175,00—175,25—175,00 M Weizenmehl 00 33,75—36,00 M Roggenmehl 0 u. 1 24,60—26,40 M, September 25,00 M Rüböl Oktober 55,20—55,50 M, Dezember 55,40—55,60 M.

L. **Weltmarkt**, Berlin, 8. Juni. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen: Berlin, 755 gr., Juli 256,25, Sept. 229,75. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 230,60, Juli 195,30. Chicago Northern I Spring, Juli —,—, Sept. —,—. Liverpool Red Winter Nr. 2, Juli 203,90. Paris Lieferungsware Juni 214,90. Budapest Lieferungsware Okt. 235,30. Odessa Ulka $9^{25}/_{30}$ 3—4% Bes. einschl. Bordospesen loko 187,80. Buenos-Aires Durchschn. Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Juli 198,50. Sept. 193,25. Odessa $9^{10}/_{15}$ einschl. Bordospesen loko 141,80. Hafer: Berlin 450 gr. Juli 187,00, Septbr. 175,00. Mais: Berlin Lieferungsware Juli —,—. Newyork mixed Juli 135,95. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—.

Stroh und Heu.

Halle a. S., 8. Juni. (Mitgeteilt von Otto Westphal.) Sämtliche Preise gelten für 50 kg, und zwar bei Partien frei Bahn hier, bei einzelnen Fuhren frei Hof hier.

Roggen-Langstroh (Handdrusch): 2,50 M bei Partien, 2,50 M in einzelnen Fuhren.

Maschinenstroh für Papierfabriken bei Partien: Roggenstroh —,— M; Weizenstroh —,— M; zu Streuzwecken bei Partien: Roggenstroh 1,60 M, Weizenstroh 1,60 M, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh 1,80 M, Weizenstroh 1,80 M; Breitdrusch bei Partien: Roggenstroh —,— M, Weizenstroh —,— M, in einzelnen Fuhren: Roggenstroh —,— M, Weizenstroh —,— M.

Wiesenheu hiesiges oder Thüringer, beste Sorten, bei Partien: 3,50 M, in einzelnen Fuhren: 3,75 M; gute fremde Sorten bei Partien: 3,00 M, in einzelnen Fuhren: 3,25—3,50 M.

Kleeheu erster Schnitt, beste Sorten, bei Partien: —,— M, in einzelnen Fuhren: —,— M; minderwertige Sorten, bei Partien: —,— M, in einzelnen Fuhren —,— M.

Torfstreu in 200 Ztr.-Ladungen: frei Bahn hier 1,00 M, in einzelnen Ballen: vom Lager hier 1,50 M.

Häcksel, gesund und trocken, bei Partien frei Bahn hier 2,00 M, in einzelnen vom Lager hier 2,50 M.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 8. Juni. Prima Kartoffelmehl und -Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Partität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 25,25—25,75 Mk. Die Handelskammer.

— **Berlin**, 8. Juni. Kartoffelstärke 25,00—25,50 Mk., Kartoffelmehl 25,00—25,50 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 8. Juni. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 62,75—63,75 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 70,25—71,25 Mk. per Loko-Lieferung. Ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 8. Juni. Spiritus flau, Juni 20 G., Juni-Juli 20 G., Juli-August 20 G.

— **Paris**, 8. Juni. Spiritus ruhig, Juni 41,25, Juli 41,50, Juli-Aug. 41,50, Sept.-Dez. 39,50.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 8. Juni. Rüböl loko 61,00, Oktober 59,00.

— **Hamburg**, 8. Juni. Rüböl ruhig, loko verzollt 58,00.

— **Amsterdam**, 8. Juni. Leinöl behauptet, loko —,—, Juli —,—, Juli-August —,—. Sept.-Dezbr. 24⅝, Januar-April —,—.

— **Paris**, 8. Juni. Rüböl ruhig, Juni 63,25, Juli 63,75, Juli-August 64,00, Sept.-Dez. 64,75.

W. **Pest**, 8. Juni. Raps per August 14,80 Gd., 14,90 Br.

Zucker.

W. **Hamburg**, 8. Juni. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per Juni 10,60, per Juli 10,65, per August 10,70, per Oktober 10,12½, per Dezember 10,05, per März 10,25. Tendenz: ruhig.

W. **London**, 8. Juni. 96% Java-Zucker prompt ruhig, 10 sh. 6 d. Verk., Rüben-Rohzucker Juni ruhig, 11 sh. 7 d. Wert.

Kaffee.

— **Hamburg**, 8. Juni. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos September 32½ G., Dezember 31½ G., März 31½ G., Mai 31¼ G. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam**, 8. Juni. Java-Kaffee, good ordinary, ruhig, loko 40.

— **Havre**, 8. Juni. Kaffee. Good average Santos Sept. 42,25, Dezember 41,00, März 41,00, Mai 41,00. Tendenz: ruhig.

W. **Rio de Janeiro**, 7. Juni. Kaffee. Zufuhr 8000 Sack in Rio, 8000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 8. Juni. Baumwolle, ruhig, Upland middling loko 55½ Pfg.

— **Antwerpen**, 8. Juni. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Juni 5,80 bez., März 5,50 bez. Behauptet.

— **Liverpool**, 8. Juni. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export — Ballen. Tendenz: Stetig.

Amerikan. good ordinary Lieferungen: Kaum stetig. Per Juni 5,65, per Juni-Juli 5,65, per Juli-August 5,70, per August-Septbr. 5,68, per Sept.-Okt. 5,67, per Okt.-Nov. 5,65, per Nov.-Dez. 5,64, per Dez.-Jan. 5,64, per Jan.-Febr. 5,65, per Febr.-März 5,65.

Petroleum.

— **Hamburg**, 8. Juni. Petroleum flau, Amerik. spez. Gewicht 0,800 6,90.

Metalle.

— **Amsterdam**, 8. Juni. Banczinn ruhig, loko 80¾.

— **London**, 8. Juni. Silber 24¼ Lstrl., Chile-Kupfer 60⅞ Lstrl., per 3 Monate 61¾ Lstrl., Blei, span., 13¼ Lstrl., engl. 13⅝ Lstrl., Zinn 133½ Lstrl., Zink 22½ Lstrl.

— **Glasgow**, 8. Juni. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 48 sh. 8 d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Magdeburg**, 8. Juni. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 269 Rinder und zwar 19 Stiere, 21 Ochsen, 105 Bullen, 124 Kühe u. Kalben, 451 Kälber, 108 Schafvieh usw., 1421 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Stiere und Ochsen: A. 39—41, B. 36—38, C. 32—34, D. 29 bis 30, E. 27 bis 28 M. Bullen: A. 35 bis 36, B. 31—33, C. 28—30, D. 25—26 M. Kalben u. Kühe: A. 32—36, B. 30—32, C. 26—28, D. 23—25, E. 18—21 M Kälber: A. 55—60, B. 43—52, C. 27—40, D. 27—35 M Schafe: A. 34 bis 36, B. 30—33, C. 27—30 M Schweine (mit 20% Tara): A. 65—66, B. 62—64, C. 58—62, D. 55—60 M. — Verlaufund Tendenz: Rinder und Kälber langsam, sonst mittelmäßig. Ueberstand: 35 Rinder, 55 Kälber, 35 Schafe, 20 Schweine.

— **Köln**, 7. Juni. (Viehmarkt.) Aufgetrieben waren: 704 Ochsen, 594 Kalben (Färsen) und Kühe, 228 Bullen, 707 Kälber, — Schafe, 3730 Schweine. Bezahlt für 50 kg Schlachtgewicht: Ochsen: a) 74—76, b) 68—72, c) 62—64, d) 52—58 M. Kalben (Färsen) und Kühe: a) —, b) 66—68, c) 62—64, d) 54—58 M; Bullen: a) 66—67, b) 62—64, c) 58—60, d) 54—56 M; Geschäft langsam mit wieder größerem Ueberstand. Kälber: a) 86, Doppellender bis 100, b) 76—80, c) 60—70 M; ruhig, räumend. Schafe: a) —,— M, Ostfriesen —,— M, b) —,— M, c) —,— M. Schweine: Bezahlt für 50 kg Lebendgewicht abzüglich 20 bis 22% Tara: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 67 M, (vorgezeichnete teilweise 1 M mehr), b) fleischige 63—65 M, c) gering entwickelte sowie Sauen und Eber 57 bis 60 M: Geschäft ruhig. — Großhandelspreise für frisches Fleisch (hiesige Schlachtungen) das Kilo am 7. Juni: a) Rindfleisch: Ochsen I. Qual. 1,32—1,34 M, II. Qual. 1,20—1,24 M, III. Qual. 1,14—1,18 M; Kühe I. Qual. 1,26 bis 1,28 M, II. Qual. 1,20—1,24 M, III. Qual. 1,16—1,18 M; b) Schweinefleisch: I. Qual. 1,40—1,44 M, II. Qual. 1,32—1,38 M, III. Qual. 1,24—1,30 M. — Eingeführtes holländisches Fleisch am 7. Juni: 102 Großviehs-Viertel, 68 Kälber und — Schweine. Preise für das Kilo: a) Rindfleisch: I. Qual. 1,18—1,22 M, II. Qual. 1,10—1,14 M, III. Qual. 1,04—1,08 M, dänisches —,— M; b) Kalbfleisch: I. Qual. 1,40—1,44 M, II. Qual. 1,28—1,32 M, III. Qual. 1,10—1,20 M; c) Schweinefleisch: I. Qual. —,— M, II. Qual. —,— M; Geschäft langsam.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 8. Juni. Roter Winter-Weizen loko 151, per Juli 126⅛, per Sept. 117⅞, per Dez. 115½, per Mai —,—, Mais per Juli 81¾, per Sept. 78, per Dez. 68½. Mehl 5,25. Getreidefracht nach Liverpool 1½.

W. **Chicago**, 8. Juni. Weizen per Juli 119¼, per Sept. 110⅝, Mais per Sept. 69½.

W. **New-York**, 8. Juni. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia 8,45, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 168.

W. **New-York**, 8. Juni. Schmalz Westernsteam 11,90, Rohe und Brothers 12,25.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales: Arthur Bierdach; Schlußredaktion: A. Borwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190906092-15/fragment/page=0003

Berliner Börse, 8. Juni 1909

Die Rubrik in Durchschnitt gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1.1.Jan. 1.4.April 1.7.Juli 1.10.Okt. 1.1.1.Jan. 1.4.April 1.7.Juli 1.10.Okt. 15.3.15.6. 15.9.15.12. 1.4.7.10. 1.2.5.8.11. 1.3.6.9.12. 15.1.15.4. 15.7.15.10. 15.2.15.5. 15.8.15.11. 15.3.15.6. 15.9.15.12. 15.4.15.7. 15.10.15.1. 15.5.15.8. 15.11.15.2. 15.6.15.9. 15.12.15.3